

Griechenland – Deutschland – Europa

Der Angriff auf Gewerkschaften und Tarifrecht

Wettbewerbsfähigkeit: Unter diesem Schlagwort wurden und werden **in Europa gewerkschaftliche Rechte abgebaut**.

Der kapitalistischen Logik zufolge stehen alle Länder in Konkurrenz miteinander. Um also gegenüber den Konkurrenten bestehen zu können, müsse in jedem Land eine innere Abwertung erfolgen, d.h. Löhne, Gehälter, Renten,

Sozialleistungen müssen gesenkt werden. Die Tarifautonomie und andere gewerkschaftliche Rechte wirken da „störend“ und sollen soweit wie möglich beseitigt werden.

So geschehen in **Griechenland** in den Jahren 2010 – 2015: In 3 Memoranden wurden unter dem Druck der Troika gewerkschaftliche Rechte bis zur Unkenntlichkeit geschliffen.

Griechenland als Versuchslabor

Tarifverträge auf betrieblicher Ebene konnten in Griechenland vor den Memoranden nur abgeschlossen werden, wenn sie günstigere Bedingungen enthielten als der höhere Flächentarifvertrag. Die **Abschaffung** dieses Privilegs war eine entscheidende Voraussetzung, um die Bedingungen zum Abschluss von Tarifverträgen zu verschlechtern. Hinzu kam die Aussetzung der Möglichkeit, einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären und seine Regelungen damit auch den nicht tarifgebundenen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen zugänglich zu machen.

Die Folge ist, dass der Flächentarifvertrag soweit unter Druck geriet, dass nur noch wenige Arbeitnehmer_innen unter diesen fallen. Wurden vor der Krise noch ca. 150 – 250 Tarifverträge pro Jahr für bestimmte Branchen geschlossen, so sind es jetzt laut Friedrich-Ebert-Stiftung noch ca. 20.

Die Maßnahmen verfehlten die Wirkung nicht: In vielen Bereichen herrschen Zustände, wie wir sie aus den Zeiten des Frühkapitalismus kennen:

- **Lohnkürzungen** von bis zu 40%. Nahezu einer von drei Arbeitnehmer_innen im Privatsektor verdient einen Nettolohn von 300 Euro (bis

zu 440 Euro brutto) und ist in einem flexiblen Arbeitsverhältnis beschäftigt (z.B. Teilzeit und ausgelagerte Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsplatzrotation).

- Die **Arbeitszeiten** sind ungeregelt.
- Etwa 1/3 der Beschäftigten warten auf ihre **Bezahlung** seit 3 bis zu 24 Monaten.
- Es fallen ca. **2 Millionen** von 11 Mill. unter die **offizielle Armutsgrenze**.

Als Teil der Austeritätspolitik trugen diese Lohn- und Gehaltssenkungen dazu bei, dass das **Bruttoinlandsprodukt** um mehr als 25% gesunken ist, was die Verheißungen einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Lügen straft.



Die Pläne der Europäischen Union

Doch die Europäische Union möchte noch einen Schritt weitergehen: Lt. Kommissionspräsident **Juncker** soll die „**Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas**“ erfolgen, um ein – wie er ausführt – „**unternehmensfreundliches Klima**“ zu schaffen mit „**weniger Regulierung und mehr Flexibilität**“ im Interesse privater Investitionen.

Das Mittel dazu sind angeblich unabhängige Experten in „**nationalen Ausschüssen für Wettbewerbsfähigkeit**“. Diese sollen dafür sorgen, dass nichts geschieht, was Kapitalinteressen entgegensteht. Wie dies genau aussehen soll, wird noch nicht gesagt. Doch klar ist, dass die Rechte der Beschäftigten dadurch europaweit eingeschränkt werden sollen.

Und Deutschland?

Bereits seit Jahren erfolgt hier eine Ausweitung des **Niedriglohnssektors** und die Etablierung von sozial **ungesicherten Arbeitsverhältnissen**. Als Stichworte seien genannt:

- Zeitarbeitnehmer_innen mit schlechterer Bezahlung als die Stamm-Mitarbeiter_innen innerhalb eines Unternehmens;
- Zunahme von Werkverträgen, d.h. kein Kündigungsschutz, keine Lohnfortzahlung;
- Befristete Arbeitsverträge von oft wenigen Monaten schaffen Abhängigkeit.

Zugleich werden weiterhin Produktionen ins Ausland **verlagert**.

Tariffucht betreiben Unternehmen ebenso durch die Auslagerung von Betriebsteilen in **Tochtergesellschaften ohne Tarifbindung**. Aktuell sind 1000 nicht-medizinische Beschäf-

tigte der Krankenhauskette ASKLEPIOS betroffen, von denen 400 „ausgelagert“ werden sollen. Dabei möchte das Unternehmen jährlich 10 Mio. € einsparen, obwohl es „keine Not leidet“.

Konnten Bestrebungen, niedrigere Tarifabschlüsse mit christlichen Schein-Gewerkschaften zu erzielen, auch abgewehrt werden, so gehen die Versuche, die Durchsetzungskraft und Stärke der Beschäftigten zu schwächen weiter. Die Methoden hierzu sind:

- Weigerung, angemessene Tarife mit Gewerkschaften zu verhandeln (siehe **Amazon**);
- Aushandlung von **Tarifen auf Betriebs-ebene**, wo Arbeitnehmervertreter_innen nicht die Durchsetzungskraft einer Gewerkschaft besitzen.

Ein weiterer Meilenstein:

Die Einführung des Tarifeinheitsgesetzes von 2015

In Betrieben mit mehreren miteinander konkurrierenden Gewerkschaften, soll nur der Tarifvertrag der im Betrieb mitgliederstärksten Gewerkschaft Gültigkeit erlangen.

Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Tarifautonomie und richtet sich gegen das Verhandlungs- und schließlich auch Streikrecht der Minderheitsgewerkschaft. Denn wer wird für einen Tarifvertrag streiken, den es laut Gesetz gar nicht geben kann?

Getroffen werden sollen vor allem die Sparten-gewerkschaften wie z.B. die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Doch auch die DGB-Gewerkschaften könnten betroffen sein, wenn mehrere Gewerkschaften in einem Unternehmen vertreten sind.

Der Skandal ist, dass das Gesetz trotz des Einspruchs einiger DGB-Gewerkschaften unter Mitwirkung anderer Gewerkschaften beschlossen wurde – im Zusammenwirken mit den Arbeitgeber_innen.

Gleichzeitig kommen aus konservativen Kreisen Forderungen nach weiteren Eingriffen ins Streikrecht:

Die Regierungspartei CSU fordert, dass vor jedem Streik in der „Daseinsvorsorge“ oder „in Bereichen von kritischen Infrastrukturen“ ein Schlichtungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben wird.

Außerdem müsse ein Streik vier Werktage vorher angekündigt werden, damit die Mindestversorgung garantiert sei.

Auch wenn dies bisher nicht durchgesetzt werden konnte: Es ist unverkennbar, dass überall in Europa Angriffe auf Gewerkschaften und das Tarifrecht erfolgen und damit auf die Interessen der Beschäftigten.

Deshalb ist der Kampf gegen den Abbau gewerkschaftlicher Rechte in Griechenland und anderswo in Europa auch der Kampf gegen den Abbau der Rechte hierzulande. Wehren wir uns gemeinsam dagegen!

Unterstützt den Aufruf: Stoppt den Coup: Tarifverträge jetzt!

- Eine Initiative im Kampf für Tarifverträge in Griechenland.
Solidaritätsaufruf an die Menschen Europas. <http://mayday.gr/en>

Solidaritätsgruppe Griechenland Hamburg

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00, in der W3, Nernstweg 32 (Altona).
Interessierte sind herzlich willkommen. Kontakt: oxi@lists.riseup.net